



RÜCK- und AUSBLICK



Für ein grünes, leckeres, gesundes Europa!

Bis hierher und weiter, in Brüssel und vor Ort ...

Liebe Freundinnen und Freunde,

Europa steht vor großen Herausforderungen. Die Zukunft Europas wird davon bestimmt, ob wir wirklich zukunftsfähige, grünere Antworten finden. Wenn wir in eine gemeinsame europäische Zukunft gehen wollen, braucht es klare Positionen und mutige Lösungsvorschläge. Es ist ein zäher Kampf für eine umweltfreundlichere, eine sozial gerechtere Landwirtschaft und gegen die weitere Förderung der Agrarindustrie sowie gegen einseitige Exportorientierung. Ein Europa der Zukunft muss für alle Regionen angepasste Konzepte bieten, die gleichermaßen die Entwicklung von Wohlstand vor Ort zulassen und Umwelt und Ressourcen schonen. Ich habe in den letzten fünf Jahren in Brüssel um Veränderung gerungen und in vielen Regionen vor Ort Europäische Politik erklärt. Ich habe mit den Menschen diskutiert und ihnen zugehört.

Neben der GAP-Reform waren die Hauptthemen meiner Arbeit u.a. das Menschenrecht auf Nahrung, die Sojaimporte für unsere übermäßige Fleischproduktion, die Problematik der Lebensmittelverschwendung, die Gentechnik, Patente, der Milchmarkt, der Saatgutmarkt sowie Tiergesundheit und Tierschutz. Doch dazu mehr auf den folgenden Seiten.

Euer

Kontakt:

Büro Brüssel

Im Europäischen Parlament
Corinna Hartmann
Birgit Walter
Tel. +32-2-28-45820
Fax +32-2-28-49820
martin.haeusling@
europarl.europa.eu

Büro Wiesbaden

Ina Möllenhoff
Europabüro Hessen
Tel. 0611 - 98920-30
Fax 0611 - 98920-33
info@martin-haeusling.de

Büro Berlin

Im Deutschen Bundestag
Ilka Dege
Telefon: 030-227-70020
Fax: 030-227-76561
berlin@martin-haeusling.eu



Verwässerte Reform der GAP

Eines der zentralen Themen dieser Legislaturperiode war die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Bei der von massiven Lobbyinteressen der Agrarindustrie vorläufig verwässerten EU-Agrarreform müssen wir nach vorne schauen. In der anstehenden Bewertung auf halbem Wege (Midterm Review) werden wir kräftig nachhaken. Unsere Chancen stehen nicht schlecht. Denn auch die letzte Reform bewegte sich erst in der Nachbewertung auf Druck der Grünen zum Positiven. Ich möchte in den kommenden Jahren weiter in die richtige Richtung kämpfen – gegen die Beharrungskräfte und Profitinteressen in diesem Bereich.

Artenvielfalt statt Sojawahn

Mit dem Initiativbericht „Das Proteindefizit in der EU: Wie lässt sich das seit langem bestehende Problem lösen?“ habe ich meine Arbeit in Europa begonnen. Der Bericht behandelt die Abhängigkeit Europas von Drittländern bei Eiweißimporten (v. a. Soja) für die intensive Tiermast. Wir nutzen Flächen für unsere Tierproduktion, die in anderen Regionen der Erde dringend für die Versorgung der Menschen vor Ort benötigt werden. Nur noch ein Fünftel des Eiweißfutters für die Tierproduktion wächst heute in der EU. Der von mir geprägte Begriff „Landgrabbing mit Messer und Gabel“ ist heute weithin bekannt! Der Bericht schaut weit über den Tellerrand und beschreibt die vielfältigen ökologischen Vorteile eines heimischen Leguminosenanbaus in Europa - und wie man ihn fördern kann. Mit dem Protein-Bericht haben wir Grüne im Februar 2011 im Europaparlament eine ambitionierte, zukunftsorientierte Analyse vorgelegt, die auch die DAFA Forschungsstrategie zu Leguminosen in Deutschland maßgeblich beeinflusst hat.

Die von mir herausgegebene Broschüre „Artenvielfalt statt Sojawahn“ stellt die Inhalte des Berichtes nochmals in anschaulicher Weise dar. Die Autorin, Dr. Andrea Beste, hat in meinem Auftrag auch die wesentlichen Teile des Protein-Berichtes verfasst.

Menschenrecht auf Nahrung

Wir Grüne sind der Auffassung, dass die landwirtschaftliche Überproduktion in den Industrieländern keineswegs dazu beiträgt, den Hunger in armen Ländern zu beseitigen. Die wachsende Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Weltmarkt führt vor allem bei schwankenden Nahrungsmittelpreisen zu noch mehr Hunger.

Diese Problematik habe ich zusammen mit Ska Keller bei einer gemeinsamen Veranstaltung zur "GAP- Reform und das Menschenrecht auf Nahrung“ im Mai 2011 beleuchtet, bei der wir die Frankfurter Erklärung mit unserer Position zum Recht auf Nahrung vorgestellt haben.

Dauerbrenner: Debatte um GVO...

Mit der Zulassung der GVO-Kartoffel Amflora wurde im Jahre 2010 die erste genmanipulierte Pflanze seit 1998 in der EU zugelassen. Gemeinsam mit Rebecca Harms, José Bové und Ulrike Höfken sowie verschiedenen Verbänden habe ich im Mai 2010 vor der BASF-Zentrale in Ludwigshafen gegen den Anbau der Amflora protestiert und der BASF eine Resolution



überreicht. Inzwischen ist die einzige Kartoffelsorte, die es je in einen Koalitionsvertrag geschafft hat, gefloppt.

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs soll die Kommission die Entscheidung um die vor 12 Jahren beantragte Zulassung des Gen-Mais 1507 von Pioneer vorantreiben. Der Umweltausschuss des EP hat sich gegen eine Zulassung ausgesprochen. Der Ministerrat wird sich aller Voraussicht nach Anfang 2014 nicht eindeutig entscheiden, dann liegt die Entscheidung bei der gentechnikfreundlichen Kommission. Es wäre ein fatales Signal, wenn sie mit einer Zulassung des Gen-Mais 1507 kurz vor den Europawahlen den Willen der großen Mehrheit der europäischen Bevölkerung, die gegen Gentechnik ist, ignorieren würde.

... und Glyphosat

Unstrittig ist, dass der Verzicht auf den Pflug häufig eine erosionsmindernde Wirkung hat. Allerdings wird dieser Effekt mit einem erhöhten Einsatz an Pflanzenschutzmitteln erkaufte. Eine Landbewirtschaftung, die mit einem erhöhten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln – insbesondere glyphosathaltigen – einhergeht, darf keinesfalls aus den Agrarumweltprogrammen gefördert werden. Sowohl auf Ebene der Bundesländer als auch auf europäischer Ebene ist die Förderung der pfluglosen Bodenbearbeitung zu stoppen, und zwar bis die offenen Fragen bezüglich der Umweltwirkung geklärt sind.

Im September 2013 hat mich ein Team der Redaktion von ZDF-ZOOM in Brüssel besucht und mich zu den Gefahren von Glyphosat interviewt. Wir haben das Team mit umfangreichem Material zum steigenden Einsatz von Glyphosat im Zusammenhang mit der pfluglosen Bodenbearbeitung versorgt. Wir haben Unterlagen geliefert zu der Rolle, die der Agrokonzern Monsanto bei der Verbreitung und Förderung dieser Art der Bewirtschaftung spielt. Der Beitrag von ZDF-ZOOM lief am 13. November 2013 im ZDF.

Milchmarkt: Exportwahn und Dumpingpreise für Bauern

Auf unzähligen Veranstaltungen habe ich in Brüssel, an vielen Orten in Deutschland und natürlich auf der Grünen Woche mit dem Bund Deutscher Milchviehhalter und dem European Milk Board für eine Mengenregulierung im europäischen Milchmarkt gekämpft. Zahlreiche Änderungsanträge haben wir Grüne beim Bericht zum Milchpaket und beim Bericht zur gemeinsamen Europäischen Marktordnung (GMO) im Sinne der Milchbauern eingebracht. Mit Erfolg. Es wird eine Beobachtungsstelle für den europäischen Milchmarkt und die gezahlten Preise geben. Das ist eine erste Voraussetzung dafür, den Markt doch noch sinnvoll an die benötigte Menge anzupassen. Es wäre die Voraussetzung dafür, dass Milchbauern faire Preise erhalten können.

Resolution gegen Patente

Das Patentieren von Pflanzen und Tieren ist eine in den USA übliche Praxis. In Europa ist es verboten. Das europäische Patentamt legt die komplizierten Regelungen allerdings oft industriefreundlich aus, so dass es wiederholt zur Patentierung (z.B. Brokkoli oder Schweinen) gekommen ist. Ich habe im Europaparlament 2012 eine Initiative gestartet und die große Mehrheit meiner Kollegen davon überzeugt, sich in einer Resolution des gesamten



Parlamentes gegen die industriefreundliche Praxis des Patentamtes und gegen jegliche Patentierung von Pflanzen und Lebewesen auszusprechen.

Tierschutz

Noch immer haben nicht alle Mitgliedstaaten die Richtlinien zum Verbot der Käfighaltung und zur Verbesserung der Sauenhaltung sachgemäß umgesetzt. Die Abgeordneten des Agrarausschusses haben wiederholt der Kommission klar gemacht, dass wir diese Nicht-Umsetzung als sehr problematisch ansehen. Daher fordern wir im Europäischen Parlament im aktuellen Bericht zur Tierschutzstrategie bessere Instrumente zur Kontrolle und Sanktionierung jener Mitgliedsländer, die bei der Umsetzung bummeln.

Das Thema „Europäische Investitionen in Tierhaltungsanlagen in Nicht-EU-Ländern“ habe ich mit zwei Kollegen aus dem EP im Rahmen einer Veranstaltung zur Sprache gebracht. Anlass: Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) gewährt Investitionskapital für große industrielle Tierhalteanlagen in Entwicklungs- und Schwellenländern, darunter China und Ukraine, in denen die Tierhaltestandards deutlich unter jenen der EU liegen. Es ist doppelzünftig, mit europäischem Geld Tierhaltungssysteme zu unterstützen, die nicht unseren begründeten Standards entsprechen. Hier setze ich mich dafür ein, dass die Standards für die Investitionsvergabe zukünftig den europäischen entsprechen.

Darüber hinaus engagiere ich mich für eine generelle Neudefinition europaweiter, eindeutiger und umfassender Standards einer tiergerechten Haltung. EU-Subventionen müssen zukünftig an deren Einhaltung gebunden werden.

Antibiotika im Futtertrog

Antibiotikaresistente Bakterien im Hähnchenfleisch setzen die Verbraucher erheblichen Gefahren aus. Das hat jetzt massive Auswirkungen auf die Kosten im Gesundheitssystem: Sie schlagen in der EU mit jährlich 1,5 Milliarden Euro zu Buche. In Deutschland werden mehr als doppelt so viele Antibiotika in der Tierhaltung eingesetzt wie sie Patienten verschrieben werden. Im Oktober 2011 hat das Parlament in einer Entschließung die Kommission aufgefordert, Maßnahmen zur Reduzierung des Antibiotikaverbrauchs in der Tierhaltung vorzulegen.

Das Europäische Parlament hat 2012 einen Bericht zur steigenden Gefährdung der Humangesundheit durch den landwirtschaftlichen Antibiotikaeinsatz verabschiedet. Die Mehrheit ist dabei meinem Vorschlag gefolgt, nachhaltige, tiergerechte Haltungssysteme zu fördern. Zum Thema Antibiotika habe ich auch eine Studie herausgegeben die verschiedene Maßnahmen europäischer Länder zur Reduktion des Antibiotikaeinsatzes vergleicht. Autorin ist Dr. Kathrin Birkel.

EU-Saatgutgesetzgebung

Der Zugang zu Saatgut und die freie Nutzung durch Bauern müssen weltweit nicht nur geschützt – sie müssen wieder hergestellt werden! Schon heute kontrollieren ein paar wenige große Konzerne mit ihrem Hybrid- und Turbo-Saatgut sowie passenden Dünger- und



Pestizidpaketen weite Teile der Landwirtschaft und festigen damit ein industrielles landwirtschaftliches System, das auf massiven Energie- und Chemieeinsatz setzt und weit entfernt davon ist, effizient zu sein oder gar die Menschheit zu ernähren. Die Vorlage der Kommission zur Vereinheitlichung der Saatguterzeugung in der EU setzt völlig falsche Akzente. Die angesteuerte Reform bedient vorrangig die Interessen der Industrie und drängt die Erzeuger von regional angepassten Sorten und ökologischem Saatgut in eine Nische von Kleinproduzenten ab. Es ist ein erster Etappenerfolg, dass sie nun an die Kommission zurückgewiesen wird.

Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP)

Chlorhähnchen, Hormonfleisch, Gentechnik – so lauten zentrale Begriffe, wenn es um einen kritischen Blick auf die möglichen Folgen des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA geht. Dabei geht es um weit mehr als Fragen des guten Geschmacks. Es geht um die Grundsatzfrage, ob Europa auch zukünftig am Prinzip des vorsorgenden Verbraucherschutzes festhalten kann oder ihn als Unterpfand für exportierte Autos verspielt. Mit dem Investorenschutz stehen die Grundlagen unseres Demokratieverständnisses von Transparenz, Legitimierung und Kontrolle auf dem Spiel. Gemeinsam mit Rebecca Harms, Vorsitzende der Fraktion die Grünen/EFA, und weiteren grünen EP-Abgeordneten habe ich zur BDK in Berlin 2013 einen Antrag zum Freihandelsabkommen eingebracht, der diese kritisch thematisiert. Mein Änderungsantrag, den Agrarbereich aus den Verhandlungen herauszunehmen, den auch Rebecca Harms unterstützt hat, wurde auf der BDK mit großer Mehrheit angenommen. Um das Thema in die breitere Diskussion zu bringen, habe ich eine Autorenbrochüre zum Freihandelsabkommen in Auftrag gegeben, die am 13. Januar 2014 in Berlin vorgestellt wurde.

Rückblick: Bundestagswahlkampf 2013

Viele Wochen intensiven Wahlkampfes liegen hinter uns. Auf meinen Wahlkampftouren quer durchs ganze Land habe ich zahlreiche Betriebe besucht und Diskussionen geführt (siehe auch Bildergalerie auf meiner Homepage). Mein Resümee: Selbst wenn Meinungsdivergenzen teils unüberbrückbar erscheinen, kann grüne Politik überzeugen, wenn sie mit Sachverstand statt Ideologie vermittelt wird. Nicht nur Verbraucher, auch immer mehr Bauern fordern eine gerechtere Agrarpolitik für unser Land und in ganz Europa.

Zu allen Themen, die hier nur in Kürze darstellbar sind, findet sich umfangreiches Informationsmaterial auf meiner Homepage:

www.martin-haeusling.eu

Seit 2010 gebe ich regelmäßig Studien zu bestimmten aktuellen Themen in den Bereichen Lebensmittelqualität, Märkte, Landwirtschaft und Welternährung heraus. Sie können diese Studien von meiner Homepage herunterladen oder im Regionalbüro in Wiesbaden (Kontakt: erste Seite) in gedruckter Form bestellen.